

Özcan Mutlu

Grünen erreichen allein eine Zweidrittelmehrheit. Wir müssen gemeinsam zu einer Mehrheit kommen, um dieses Verbot aufzuheben. – Ich danke Ihnen und hoffe, dass wir im Ausschuss einen einvernehmlichen Beschluss fassen.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Mutlu! – Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie. Hierzu höre ich keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 4.3:

Antrag

**Chancengleichheit von Frauen in
Forschung und Lehre**

Antrag der SPD und der Linksfraktion Drs 16/3930

Das ist die Priorität der Fraktion der SPD mit dem Tagesordnungspunkt 28. Ich habe den Antrag vorab federführend an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen überwiesen. Ich stelle hierzu Ihre nachträgliche Zustimmung fest. – Für die Beratung stehen den Fraktionen wieder jeweils fünf Minuten zur Verfügung. Für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Neumann das Wort.

Ulrike Neumann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Berlin ist Stadt der Frauen. Wir kämpfen seit Langem erfolgreich gegen gesellschaftlich bedingte Benachteiligung, für die Emanzipation von Frauen. Gerade haben wir das bundesweit beispielhafte Landesgleichstellungsgesetz ein weiteres Mal verbessert. Wir haben in Berlin das umfassende „Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm“ und Gleichstellungsstrategien für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche durchgesetzt. Heute geht es um das „Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit in Forschung und Lehre“, ein politisches Glanzlicht, das zehn Jahre erfolgreich besteht. Berlin ist auch wegen dieses Programms auf Bundesebene führend in der Gleichstellungspolitik im Bereich von Hochschule und Wissenschaft. Dafür möchte ich allen danken, die daran gearbeitet, dazu ihren Beitrag geleistet haben!

Beeindruckend sind die positiven Entwicklungen, die in den vergangenen Jahren durch das Programm erreicht werden konnten. Die Zahlen sprechen für sich. Schon seit einiger Zeit geht es nicht mehr vor allem um den Anteil weiblicher Studierender, hier waren wir schon in vollem Umfang erfolgreich. In Berlin kann man spätestens seit zehn Jahren davon ausgehen, dass die Hälfte aller Studierenden Frauen sind.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD
und der Linksfraktion]

Für die weitere Entwicklung nicht nur in Wissenschaft und Hochschulen ist entscheidend, wie sich die Entwicklung bei den Höherqualifizierten darstellt. Hier sind die Frauen noch immer im hohen Maß unterrepräsentiert. Wer aber Frauen in Führungspositionen von Wirtschaft und Verwaltung stärken will, muss deren wissenschaftliche Qualifikation fördern. Das geht nicht ohne Hartnäckigkeit und langen Atem. Auch in Berlin sind wir bei den wissenschaftlichen Höherqualifizierten noch nicht am Ziel. Die Entwicklung ist aber positiv. Ich weise hier auf die Zahlen in der Begründung unseres Antrages hin. Der Anteil von Frauen ist seit dem Jahr 2000 angestiegen: bei Promotionen von 38,2 auf 46,9 Prozent; bei den Habilitationen von 23,6 auf 32,2 Prozent; bei den Professorinnen von 13,5 auf 24,5 Prozent. Aber wir wollen die Hälfte. Zum Vergleich: Auf Bundesebene beträgt der Anteil von Professorinnen nur 18,2 Prozent, in Berlin dagegen 24,5 Prozent. Der Abstand ist beträchtlich und zeigt, dass Berlin, dass diese Koalition, dass auch unser Senat auf dem richtigen Weg sind. Das ist gut so!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD
und der Linksfraktion]

Nach mehrfachen, früheren Verlängerungen gilt das „Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit in Forschung und Lehre“ jetzt für den Zeitraum von 2008 bis 2011. Es ist also bis zum Ende des Jahres befristet und bedarf der Verlängerung.

Mit unserem Antrag fordern wir den Berliner Senat auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Verlängerung von 2012 bis 2015 erfolgen kann. Es müssen die finanziellen und organisatorischen Bedingungen für die weitere positive Entwicklung gesichert werden, und zwar jetzt! Die Hochschulen benötigen noch im Sommersemester 2011 Planungssicherheit. Deshalb dieser Antrag.

In den Beratungen des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Technologie wurde etwas spöttisch die Frage aufgeworfen, warum wir denn einen Parlamentsbeschluss brauchen würden. Ob der Senat nicht von sich aus die erforderlichen Maßnahmen treffen könne? Ob wir unserem Senat etwa nicht über den Weg trauten? – Natürlich vertrauen wir diesem Senat, und wir sind sicher, dass er alles tun wird, um das erforderliche Programm fortzusetzen. Uns geht es aber darum, auch öffentlich zu machen, dass die wesentlichen Entscheidungen hierfür im Parlament, nicht in der Exekutive fallen. Zugleich soll deutlich werden, dass wir mit einem positiven Beschluss die politische Verantwortung für die Bewilligung der erforderlichen finanziellen Mittel übernehmen.

Mir ging es – und mir geht es – auch darum, ein erfolgreiches Projekt in dieser Stadt hier im Parlament hervorzuheben und für die weitere Zukunft abzusichern. Mit diesem Projekt sichern wir weitere Schritte zur Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen, nicht nur auf unterer und mittlerer Ebene, sondern auch dort, wo wirklich wirtschaftliche und gesellschaftliche und damit auch politische Macht ist. Wir wil-

Ulrike Neumann

len die gleichberechtigte Teilhabe auf allen Ebenen! – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der CDU hat nun Frau Görsch das Wort. – Bitte!

Margit Görsch (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aber liebe Frau Neumann, warum denn wieder nur diese Lippenbekenntnisse und keine klaren Aussagen? Statistik hin, Statistik her, das haben Sie ja schon in Ihrem Antrag geschrieben.

Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre – dieses Thema ist nach wie vor aktuell und brisant zugleich. Durch das Berliner Programm, das im November 2000 beschlossen wurde, dann jeweils verlängert bzw. erweitert wurde, ist viel erreicht worden. Berlin hat dieses Programm mit jährlich 3 398 000 Euro gefördert. Die Prozentzahlen der Frauen haben sich allmählich erhöht, wie aus dem Antrag ersichtlich.

Gegen den Antrag der Fortführung des Berliner Programms ist wohl nichts einzuwenden. Auch die CDU-Fraktion wird diesem Antrag ihre Zustimmung nicht verweigern, denn die Bundesregierung hat in ihrem Programm die Position von Frauen in der Wissenschaft und Forschung gestärkt und fördert die Frauen mit konkreten Maßnahmen besonders in den Bereichen IT und Technik. Die Bundesregierung hat auch in dieser Legislaturperiode erhebliche Mittel für die Forschung und Entwicklung vorgesehen. Besonders auch in der Frauenförderung. Maßnahmen und Ideen zur Gleichstellung von Frauen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind immer willkommen und sollten auch in Berlin konsequent umgesetzt werden.

[Beifall bei der CDU]

Dass Frauen in Spitzenpositionen bei den Professuren noch immer unterrepräsentiert sind, ist allgemein bekannt. Unsere Aufgabe in der Politik sollte es sein, die Förderziele und -schwerpunkte zu überdenken. Dieser Antrag von Rot-Rot ist für mich im Wahljahr ein Schaufensterantrag ohne Inhalt.

[Beifall bei der CDU –

Evrin Baba-Sommer (Linksfraktion): Warum stimmen Sie ihm dann zu?]

Wer ist denn zuständig, wer ist verantwortlich, wenn nicht dieser Senat? Allgemein wird von der Überwindung struktureller Hemmnisse in dem Antrag gesprochen. Was sind denn bestehende strukturelle Hemmnisse? Angesichts der hohen Fördersumme über das letzte Jahrzehnt hätte das längst schon überwunden sein können. Ich spreche hier nicht von Quotierung, die wir nach wie vor ablehnen.

[Zuruf von Evrim Baba-Sommer (Linksfraktion)]

Eine Quotierung verwischt das Leistungsprinzip und diskriminiert gleichzeitig unsere exzellenten Wissenschaftlerinnen, siehe Verleihung des Leibniz-Preises in den vergangenen Tagen.

Unsere Aufgabe in der Politik ist die Schaffung von Rahmenbedingungen. Eine Rahmenbedingung ist die Verlängerung des Berliner Programms, die Bereitstellung von Fördermitteln. Eine weitere ist die Kinderbetreuung rund um die Uhr. Ihre Forderung, werde Koalition, ist zwar richtig, das Berliner Programm zu verlängern, aber, meine Damen und Herren vom Senat, warum machen Sie es nicht einfach?

[Beifall bei der CDU –

Gregor Hoffmann (CDU): Kein Interesse!]

Überdenken Sie dabei die Förderziele, -schwerpunkte und Rahmenbedingungen! Eine Änderung, um schneller an das Ziel zu kommen, wird für Berlin wirtschaftlich von großem Nutzen sein. – Ich danke!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Frau Görsch! – Das Wort für die Linksfraktion hat jetzt Frau Baba-Sommer.

Evrin Baba-Sommer (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es um Geschlechtergerechtigkeit geht, ist unsere Politik bundesweit richtungsweisend. Das trifft in besonderem Maß auf die Berliner Hochschulen zu. An unseren Hochschulen werden 30 Prozent der Professuren von Frauen besetzt. Das ist weit über dem Bundesdurchschnitt in Höhe von 18 Prozent.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Zum dritten Mal in Folge ist Berlin mit seinen Hochschulen an der ersten Stelle im Ranking nach Gleichstellungsaspekten. Das zeigt, unsere Gleichstellungspolitik ist in Berlin erfolgreich.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Beifall von Ulrike Neumann (SPD)]

In der Hochschullandschaft haben unsere gleichstellungspolitischen Vorgaben in Berlin bereits zu einem Umdenken geführt. Dieser Erfolg kam nicht von allein. Das „Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit in Forschung und Lehre“ hat daran einen bedeutenden Anteil. In Berlin konnten wir das Tempo bei der Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit beschleunigen, weil sich die Frauen- und die Wissenschaftsverwaltung mit den Hochschulen genau abstimmten. Wir konnten so die Förderung gezielt dort einsetzen, wo sie einen nachhaltigen Nutzen für die Gleichstellung hinterließ.

Heute stehen die Hochschulen vor neuen Herausforderungen. Wir beobachten einen Prozess zunehmender Dif-

Evrin Baba-Sommer

ferenzierung und Profilbildung, der von einem strukturellen und kulturellen Wandel begleitet wird. Wir müssen auf diese Veränderungen reagieren und unser gleichstellungspolitisches Programm diesen neuen Gegebenheiten anpassen. Wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern müssen unseren Kurs engagiert und konsequent fortsetzen.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Sebastian Czaja (FDP): Dann handeln Sie doch!]

Wir müssen alle Qualifikationspotenziale nutzen, um unser ehrgeiziges Ziel zu erreichen, in absehbarer Zeit Frauen als Professorinnen in allen Fächern zu etablieren und die universitären Spitzenpositionen paritätisch zu besetzen. 30 Prozent sind halt noch keine 50 Prozent.

[Mirco Dragowski (FDP): Das ist richtig!]

Wir müssen hier weitermachen. Die Beteiligten brauchen Planungssicherheit. Diese wollen wir mit unserem Antrag hier und heute forcieren.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Noch einige Worte zu den Grünen und der CDU – zu dem, was Frau Görsch angesprochen hat.

[Mirco Dragowski (FDP):
Auch zur FDP bitte etwas!]

Im Ausschuss hat auch Frau Kofbinger – wie Frau Görsch – gesagt, dass es sich um einen Schaufensterantrag handelt, der überflüssig sei. Ich sage Ihnen beiden: Sie irren sich.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Unser Antrag hat das Ziel, richtungsweisend in den Entscheidungsprozess des Senats einzugreifen. Da unterscheiden wir uns von Ihren Fraktionen, Frau Görsch und Frau Kofbinger!

[Zuruf von der Linksfraktion: Gott sei Dank!]

Wir wollen die Schaffung von langfristigen Perspektiven forcieren, Sie hingegen stellen immer wieder Anträge mit Forderungen, die der Senat bereits umsetzt. Das sind Ihre Anträge.

[Sebastian Czaja (FDP): Das ist doch Ihr Antrag!]

Wir geben Zunder, Sie spielen mit Schnee von gestern.

[Mirco Dragowski (FDP):
Dass Sie zündeln, wissen wir!]

Ja, es ist so.

Unser Antrag wurde übrigens am Montag im Frauenausschuss von allen Fraktionen unterstützt und sogar einstimmig angenommen. Es freut mich zu sehen, dass der Gedanke der Geschlechtergerechtigkeit nun endlich bei allen Fraktionen in diesem Hause angekommen ist – auch bei der FDP.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Björn Jotzo (FDP): Was?]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Für die Fraktion der Grünen hat nun Frau Schillhaneck das Wort. – Bitte!

Anja Schillhaneck (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Baba-Sommer! Der Antrag wurde sicherlich auch deswegen einstimmig angenommen, weil er im Inhalt schlicht und ergreifend eine Art Selbstverständlichkeit formuliert,

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

nämlich dass wir uns gemeinschaftlich für ein sehr erfolgreiches Programm einsetzen, das in der Zusammenarbeit von zwei Senatsverwaltungen und den Hochschulen bundesweit einmalig ist und auch in seinen Auswirkungen einmalig ist, was die direkte, zielgerichtete Förderung von Frauen in Wissenschaft und Forschung betrifft.

Dieses Programm haben Sie sich nicht allein ausgedacht. Ich möchte an dieser Stelle auf jeden Fall auch mal die Arbeit der zentralen Frauenbeauftragten an den Hochschulen hervorheben, ohne die das alles nichts geworden wäre.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Sie haben recht: 30 Prozent reichen noch nicht – vor allem, wenn ich mal etwas genauer hingucke und frage, wie hoch der Frauenanteil bei den Junior-Professuren, d. h. der Eingangsstufe in das Professorenamt, oder bei den neu berufenen W3-Professuren oder bei der höchsten Kategorie – sozusagen den höchsten Weihen in unserem interessanten Wissenschaftssystem –, nämlich den C4-Professuren ist. Dafür reicht die Gesamtbetrachtung mit einem Anteil von 30 Prozent nicht aus. Ich möchte die aufgesplittete Betrachtung und frage mich, wie lange es noch dauern wird, bis wir endlich fortschrittliche Instrumente wie z. B. das sogenannte Kaskadenmodell – die Orientierung am Frauenanteil in der jeweils darunterliegenden Hierarchiestufe – festschreiben. Genau das brauchen wir. Das wäre zukunftsgewandt.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Dieser Antrag schreibt etwas relativ Selbstverständliches fest. Ich habe den Worten der Kollegin Neumann entnommen, dass die Motivation zum Formulieren dieses Antrags vor allem darin bestand, dass man als Parlament auch noch mal sagen wollte, dass man etwas für die Frauenförderung in der Wissenschaft tut. Das sei Ihnen unbenommen. Da machen wir gern mit. Wir tun das nämlich auch. Das ist völlig in Ordnung. Insofern haben Sie unsere Stimme an der Stelle. Aber die Frage ist doch auch: Muss das eigentlich sein? Und können Sie da nicht mehr?

Wenn ich mir die später noch auf der Tagesordnung stehende Novelle des Berliner Hochschulgesetzes ansehe, muss ich feststellen, dass Sie da die große Chance gehabt hätten, die Satzung zur Geschlechtergerechtigkeit festzuschreiben und weiterzudenken – über den bisher erreichten Stand von Frauenförderung hinaus. Nicht nur Geschlechtergleichheit, das sind zwei unterschiedliche The-

Anja Schillhaneck

men. Diversity ist ein drittes Thema. Das ist nicht alles dasselbe. Man muss sehen, welche zeitgemäßen Instrumente es dabei gibt. Die Chance ist leider vertan worden, genauso wie Sie hier die Chance vertun, in die Zukunft zu denken.

Es freut mich, dass mindestens von einer der beiden beteiligten Senatsverwaltungen und den Universitäten das deutliche Signal kommt: Ja, wir stellen die Mittel wieder bereit, um das auch weiter zu fördern. – Sie haben aber völlig recht mit der Forderung, dass die Universitäten und Hochschulen jetzt – eigentlich schon vorgestern – Planungssicherheit auf finanzieller Seite brauchen. Diese deutliche Aussage, dass es diese Planungssicherheit gibt, würde ich heute sehr gern von Ihnen hören.

[Beifall bei den Grünen –
Beifall von Margit Görtsch (CDU)
und Volker Thiel (FDP)]

Ansonsten muss ich doch noch mal nachhaken. Frau Görtsch! Sie sprechen sich so vehement gegen jede Quotenorientierung aus und sagen, eine Quote würde die leistungsfähigen Frauen diskriminieren und das Leistungsprinzip aufheben. Verzeihen Sie, wenn ich mir den Frauenanteil Ihrer Fraktion ansehe! Ich frage mich ernsthaft, wie es bei Ihnen um die leistungsfähigen Frauen bestellt ist, wenn es sich ohne Quote so darstellt. – Danke!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Für die FDP-Fraktion hat nun Kollege Dragowski das Wort. – Bitte!

Mirco Dragowski (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme es vorweg: Auch wir werden dem Antrag zustimmen, weil wir das Programm zur Förderung von Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre mittragen und auch für die Verlängerung sind. – Aber ich will zu Beginn noch einige Fakten nennen, weil nicht jeder dieses Programm kennt. Das Fördermittelvolumen beträgt jährlich bis zu 3,4 Millionen Euro – 1 Million Euro kommt aus der für Frauen zuständigen Senatsverwaltung, 1,5 Millionen Euro kommen aus der Wissenschaftsverwaltung, und 875 000 Euro sind Eigenmittel der Hochschulen. Das heißt, die Kofinanzierung durch die Hochschulen liegt zwischen einem Drittel und einem Viertel, und den größten Teil finanziert der Senat. Die förderfähigen Maßnahmen sind vorgezogene Nachfolgeberufungen für Frauen auf W2- und W3-Stellen – das hat Kollegin Schillhaneck bereits gesagt –, Qualifizierung und Professionalisierung von Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen für eine Professur, Stabilisierung der wissenschaftlichen Karriere von Frauen in der Postdoktorandenphase, Verankerung von Genderaspekten in Forschung und Lehre und schließlich Qualifizierung von Frauen in Natur- und Technikwissenschaften.

Auch die Förderziele tragen wir mit, denn sie heißen: Überwindung bestehender struktureller Hemmnisse bei der Erreichung von Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre, Erhöhung der Zahl von Frauen in Führungspositionen in Einrichtungen der Forschung und Lehre, Erhöhung der Anteile von Frauen in allen wissenschaftlichen Qualifikationsstufen und bei den jeweiligen Abschlüssen in den Disziplinen, in denen eine Unterrepräsentanz besteht, und Implementierung von Genderaspekten in Forschung und Lehre. – Jetzt kennen wir alle das Programm. Die Maßnahmen und Förderziele, wie gesagt, teilen wir.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den wir noch als Entwicklungsfeld für mehr Chancengleichheit von Frauen sehen, sind die möglichen Zulagen nach der W-Besoldungsordnung in den Gruppen der W2- und W3-Besoldung an den Berliner Hochschulen. Es gibt nach unserer Ansicht noch immer geschlechtsbezogene Unterschiede in der Gewährung von Leistungsbezügen zwischen Professorinnen und Professoren an den Berliner Hochschulen. Oft werden Professoren relativ häufiger Zulagen gewährt als Professorinnen. Dieses Thema werden wir Liberale weiter im Auge behalten. Wichtig ist allerdings, dass diese Hochschulen das Thema mittlerweile auch erkannt haben und es angehen.

[Beifall bei der FDP]

Im Antrag steht – es wurde auch schon angesprochen –, dass die Hochschulen Planungssicherheit benötigen. Ein Hemmnis bei der Erreichung von Chancengleichheit für Frauen an den Berliner Hochschulen ist die Unterfinanzierung der Hochschulen sowie der Charité. Wenn der Senat hier seiner Verantwortung nachkommen würde, würde das auch vielen Frauen an den Berliner Hochschulen sowie an der Charité helfen. Wenn Wissenschaftlerinnen Lehrangebote machen wollen, um sich so für eine Professur zu qualifizieren, ist hier das geltende Kapazitätsrecht ein Hindernis. Wir fordern daher, dass Drittmittel kapazitätsneutral gestellt werden. So können auch Wissenschaftlerinnen Lehrerfahrungen sammeln, und die Studierenden profitieren ebenfalls davon.

[Beifall bei der FDP]

Was hat die FDP-Fraktion zusätzlich für eine Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre bislang getan? – Wir haben im Abgeordnetenhaus auf Antrag unserer Fraktion die Einrichtung eines Berliner Netzwerks für duale Karrieren beschlossen. Dies war ein wichtiger Schritt für Wissenschaftlerinnen, die in Berlin forschen und leben wollen, die in Berlin arbeiten wollen.

[Sebastian Czaja (FDP): Wir waren das!]

Für diese Doppelkarrierepaare oder Dual Career Couples spielt bei der Wissenschaftsstandortentscheidung die Karrieremöglichkeit des Partners eine zentrale Rolle ebenso wie die Möglichkeit eines gemeinsamen Familienlebens an einem Wissenschaftsstandort. Für Wissenschaftlerinnen ist dieses Netzwerk die Möglichkeit, für den Partner oder die Partnerin ebenfalls eine Karrieremöglichkeit zu finden.

Mirco Dragowski

Zu den Beiträgen von Frau Kollegin Neumann und der Kollegin Baba-Sommer kann ich nur die Frage wiederholen, die auch schon aufgeworfen wurde, welche Erkenntnisse die rot-rote Koalition jetzt hat, dass das Programm nicht schon längst im Arbeitsgang des Senats ist. Das sind die Informationen, die wir haben. Die Verwaltung von Senator Wolf ist schon längst dabei, die Weichen für die Programmverlängerung zu stellen, damit es beim zehnjährigen Jubiläum dieses Programms im Mai auch nicht zum politischen Eklat kommt. Ich denke, Sie werden darauf drängen, dass wir möglichst schnell im Wissenschaftsausschuss zu dem Thema sprechen, denn ansonsten heißt es auch für Ihren Antrag: Er hat sich leider durch Verwaltungshandeln erledigt.

Zu der Frage der strukturellen Hemmnisse haben auch Sie, Frau Kollegin Baba-Sommer, nichts gesagt. Es hätte mich interessiert. Es geht auch aus der Begründung nicht hervor, was Sie damit meinen. Etwas konkreter darf es schon sein. Vor allem ist dann die Frage interessant, inwieweit diese sogenannten strukturellen Hemmnisse überwunden werden können und wie das mit dem Geld alleine aus dem Berliner Programm für Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre gelingen soll.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie unsere Fragen im Ausschuss umfassend beantworten, werden wir gemeinsam gegenüber dem Senat für diese Förderziele eintreten und auch diesen Antrag unterstützen, wenn er sich nicht durch Verwaltungshandeln erledigt hat. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dragowski! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Meiner Vorabüberweisung hatten Sie bereits eingangs zugestimmt.

Ich rufe auf die Priorität der Fraktion der CDU mit dem Tagesordnungspunkt 9:

Lfd. Nr. 4.4:

Beschlussempfehlung

Wiederaufbau der Bauakademie auf der Grundlage der Planungen Schinkels

Beschlussempfehlung StadtVerk Drs 16/3892
Antrag der CDU Drs 16/2598

in Verbindung mit

Dringliche Beschlussempfehlung

Endlich Tatsachen zum Wiederaufbau der Schinkelschen Bauakademie schaffen!

Beschlussempfehlung StadtVerk Drs 16/3953
Antrag der CDU Drs 16/3009

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion der CDU. Herr Abgeordneter Lehmann-Brauns hat das Wort. – Bitte sehr!

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Thema Bauakademie: 1962 wurde sie von der DDR abgerissen. Seit fast 50 Jahren gibt es die Brache in der historischen Mitte Berlins. Seit ein paar Jahren flattert eine Fassade über dem Schinkelplatz. Kein Zweifel: Neben dem Stadtschloss handelt es sich dabei um das wichtigste Bauwerk in der mutwillig zerstörten Mitte. Wer hindert uns daran? – Anders als beim Thema Stadtschloss ist hier ein parteipolitischer Konsens festzustellen. Stattdessen gibt es allerdings überraschenderweise, verortet beim Senat, Desinteresse und Maßstabslosigkeit.

Das Grundstück gehört Berlin. Neckisch erklärte der Liegenschaftsfonds im September 2009 – Zitat –: „Jetzt wird sich zeigen, ob der Bewerber ein ernsthaftes Angebot abgibt.“ – Und es zeigte sich. Hans Wall, dem die Stadt eine erstklassige Möblierung mit Werbetafeln und Warthäuschen verdankt, bot die private Finanzierung an, immerhin 15 Millionen Euro. Sie wurde nicht abgerufen. Es gab keine präzise Verhandlung, kein Gegenangebot, keine Risikoabschätzung. Das Angebot wurde vom Liegenschaftsfonds geprüft und verworfen. Das ist nichts Neues für Berlin, wo Investoren im Allgemeinen herablassend und desinteressiert behandelt werden.

[Beifall bei der CDU]

Jetzt wollten wir es vom Senat etwas genauer wissen, genauer zunächst von Frau Lüscher. Dieses Mal ist sie nicht da. Vor zwei Wochen war sie noch da, aber wir müssen damit umgehen. Im „Tagesspiegel“ vom 26. Februar 2011, wir haben es Gott sei Dank schriftlich vor uns, wurde sie noch zur Bausenatorin promoviert, und ihr Statement zur Bauakademie lautete wie folgt – ich darf das zitieren –:

Es ist zu teuer. ... Wir müssen also noch einmal anfangen, mit einer Wirtschaftlichkeitsstudie.

Was ist denn nun eigentlich zu teuer? Wer erstellt wann welche Wirtschaftlichkeitsstudie? Gibt es weitere Angebote von Investoren? Eines ging doch sogar durch die Medien. Man spürt förmlich hinter solchen Leersätzen den „unbändigen Willen“ und den „heißen Atem“, etwas zu verändern. 50 Jahre Brache und drei Jahre Lüscher, das ist zu viel.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Frau Junge-Reyer will ich jetzt gar nicht mit einbeziehen. Die zappelt noch im S-Bahnnetz und stolpert vorerst durch die Schlaglöcher, die der Winter in die Straßen gerissen hat.